

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 4. Februar 1904.

№ 14.

Zum Schriftgießerstreik in Leipzig.

II.

In Nr. 150 des „Corr.“ von 1903 haben wir aus einer unlauteren Geschäftsreklame der Firma Schelter & Giesecke in Leipzig denjenigen Teil abgedruckt, der uns für das Verhalten dieser Firma zum Schriftgießerstreik beachtlich erschien. Unsere daran geknüpfte Kritik ist von der übrigen Fachpresse, soweit sie sich mit den geschäftlichen Manipulationen des Herrn Giesecke beschäftigte, gebilligt worden. Den Schlusssatz jenes Rundschreibens hatten wir fortgelassen, weil er sich mit den von genannter Firma gebauten Druckmaschinen befaßte, worüber wir erst sachliche Urteile einzufällen durften. Dieser Mühe sind wir nunmehr überhoben durch einen Artikel des bekannten Fachschriftstellers Herrn Theodor Goebel in Nr. 4 der „Deutscherisch-Ungarischen Buchdrucker-Zeitung“, der in geradezu vernichtender Weise auch in diesem Punkte das geschäftliche Vorgehen der Firma Schelter & Giesecke brandmarkt. Herr Goebel befaßt sich aber nicht nur mit diesem Teile einer nicht zweifelsfreien Reklame, sondern er unterzieht das gesamte geschäftliche Gebaren jener Firma einer Kritik, welche das Weltkatholische Schelter & Giesecke ein für allemal aus der Liste anständiger Firmen streicht. Was zu beweisen ist, indem wir zunächst den von uns gestrichenen und von Herrn Goebel zur Veröffentlichung gebachten längeren Absatz des mehrfach genannten Zirkulars hier abdrucken und daran anschließend die weiteren Ausführungen des Herrn Goebel folgen lassen. In der Empfehlung seiner Druckmaschinen sagt also Herr Giesecke:

„Unser Musterverdichtung fügten wir übrigens auch einen Prospekt unserer Liefelldruckpresse, 'Phönix' bei, denn erfahrungsgemäß wird sich ja doch die zu begründende Druckerei auch mit dem Drucke von Abzügen zu befassen haben. Für Abzügenzwecke können wir Ihnen eine bessere Liefelldruckpresse als unsere 'Phönix' gar nicht empfehlen. Sollten Sie also der Anschaffung einer solchen näher treten wollen, so stehen wir Ihnen mit eingehendem Anerbieten darin zu Diensten. Jedemfalls haben Sie in unserer 'Phönix' mit einer Maschine von größter Leistungsfähigkeit und solidester Bauart zu tun. — Dasselbe gilt von unserer Schnellpresse 'Windbraut', von der wir Ihnen Prospekt ebenfalls beifügen, obwohl uns Herr ... berichtet, daß Sie eine große Schnellpresse für den Zeitungsdruck wohl schon anderweitig bestellt hätten. Vielleicht haben Sie diesen Ihren Auftrag noch nicht fest vergeben und so möchten wir Ihnen denn unsere neue Einourmalmaschine 'Windbraut' für die Zeitungsherstellung warm empfehlen. Liegt Ihnen daran, bevor Sie Ihre Entscheidung treffen, noch eingehendes Anerbieten in dieser Presse vorgelegt zu bekommen, so bitten wir um Ihre Gefälligkeit, und wir unterbreiten Ihnen dasselbe mit Vergnügen. Gerade für den Zeitungsdruck ist unsere Einourmalmaschine sehr beliebt.“

Sierzu bemerkt Herr Goebel:

„Das vorstehende erstaunliche Schreiben bedarf keines Kommentars, auch braucht man nicht festzustellen, ob es der Firma Schelter & Giesecke zur Ehre gereicht. Es ruft uns aber ein anderes, als 'vertraulich' von diesem Hause verfaßtes Schreiben ins Gedächtnis, in welchem dasselbe die 'Victoria' der Firma Kockstroh & Schneider herabzusetzen versuchte, als diese sich als eine nicht totzunehmende Konkurrentin der 'Phönix' erwies — ein Vorgehen, das zu einem Prozesse führte, der von Schelter & Giesecke verloren wurde. Und wie ist denn diese 'Phönix' entstanden? Die Leipziger Firma hatte zuerst die Vertretung der 'Universals' von

Merritt Gally übernommen, desgleichen die ihrer Vervollkommnung, Colts Armoury Press genannt: auf der Grundlage dieser Vertretungen ist die 'Phönix' aufgebaut. Und was die sogenannte 'Windbraut' anbelaugt, so ist sie nur eine Nachahmung der amerikanischen Niehlerpresse, deren Vertreter mir gegenüber in der Pariser Ausstellung der Ausspruch tat: 'They have tried to imitate it!' (Sie haben versucht, sie nachzuahmen).

Die Firma Schelter & Giesecke, die Briefe schreibt wie den vorstehend im Auszuge zitierten, die sich aber nicht scheut, die Geistesarbeit anderer zu ihrem Vorteile zu verwerten, erhebt sofort Ansprüche, wo sie glaubt, ihre 'Originalerzeugnisse' gegen Uebergänge schützen zu müssen. So hat sie einen jetzt schon mehrere Jahre währenden Prozeß gegen die Firma H. Werthold in Berlin angestrengt, in welchem sie die schöne Lateinisch der letzteren als eine Nachahmung ihrer Romanisch bekämpft, welcher, gleichwie dieser und den meisten Schriften ähnlichen Stils, doch die Genzich & Heysche Romanisch zugrunde liegt! Wie sehr sie jedoch über ihre Rechte nach ihrer Art wacht, davon zum Schluß noch ein auf eigne Erfahrung sich gründendes Beispiel.

Bei den Vorbereitungen zur Ausgabe meiner neuen Folge der 'Graphischen Künste der Gegenwart' hatte sich mein Verleger auch an die Firma Schelter & Giesecke gewandt, sie auf die für ihr Geschäft nützliche Beigabe von Kunstblättern zu derselben aufmerksam machen und es waren ihm auch solche in Aussicht gestellt worden. Da trat aber ein Zwischenfall ein. Die 'Lateinisch' von H. Werthold war erschienen und ich hatte ihr in der 'Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker' und in den 'Schweizer Graphischen Mitteilungen' die wohlverdiente Anerkennung gesollt: darüber aber großer Born der Leipziger Firma, die ihren Aerger in Zuschriften an die Redaktionen beider Blätter ausließ, wobei ich natürlich nicht eben gut wegkam. Ich nahm an, die Zuschrift an erfigenanntes Blatt sei zur Veröffentlichung bestimmt und schrieb eine Erwidrerung zu derselben, welche die Redaktion statutenmäßig Schelter & Giesecke vorzulegen hatte. Darob wiederum großer Born dieser Firma, denn das betreffende Schreiben sei nur zur Information der Redaktion bestimmt gewesen, man habe also mich eben auch nur 'vertraulich' behandeln wollen, wie man es mit Kockstroh & Schneider getan! Von Beilagen zu meinem Buche war natürlich keine Rede mehr; ich sei nicht objektiv ihnen gegenüber, sagten die Herren.

Bedarf es vielleicht in diesem Falle eines Kommentars oder sonstiger Betrachtungen? Ich denke, ich darf diese ruhig dem Leser überlassen.

Als interessant sei noch erwähnt, daß zum Druck der 'Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker' seit Neujahr die Vertikalschöne Lateinisch dient. Sie sollte zwar schon im Vorjahre bei Aenderung des Blattformates dazu verwendet werden, doch war es gewissen Renten durch allerlei Intrigen gelungen, dies damals zu hintertreiben! Das Blatt sieht jetzt viel besser aus. (Stimmt! Red. des „Corr.“)

Welches Hohelied wäre einem solchen Abschlagsverfahren, einer solchen Konkurrenz, einer solchen Aneignung fremder Arbeit zu singen, wenn es der Wirklichkeit gerecht werden sollte? Ein drastischer Beitrag auch für das Zeitalter des Kapitalismus, wo nur derjenige sich behaupten kann, der strupellos den Konkurrenten niedertritt, der von der Arbeit der eignen Kollegen und von der der Arbeiter sich eine Pyramide aus Gold baut, mit dem dann ein ganzes Gewerbe aus- und aufgefauert und korrumpiert werden kann. Und dieser solchergestalt gekennzeichnete Herr Giesecke wird seinen Konkurrenten als würdigster Vertrauensmann an die Spitze einer Organisation gestellt, die Treu und Glauben im Gewerbe und die Kollegialität pflegen und den unlauteren Wettbewerb bekämpfen will!

Was sagen da jene tariftreuen Prinzipale im Buchdruckgewerbe dazu, die unter Auserlegung großer Opfer mit den Gehilfen für geordnete gewerbliche Zustände sorgen und dann durch Bestellung von Schriften oder Maschinen bei Schelter & Giesecke ein Geschäftsgebaren unterstützen, das an objektiver Unethiklichkeit seinesgleichen in Deutschland nicht hat! Wären die geschäftlichen Prinzipien des Herrn Giesecke gang und gäbe im deutschen Buchdruck- und im Schriftgießergewerbe, wer könnte dann von den Prinzipalen überhaupt noch sicher sein, die Früchte einer fleißigen und mühevollen Lebensarbeit zu genießen?

Die Arbeiter der Firma Schelter & Giesecke können nach dem Vorstehenden ermesen, was sie von dem Chef dieser Firma zu erwarten haben, wenn sie sich das organisatorische Rückgrat zerbrechen lassen. Wer schon mit seinen eignen Kollegen in der geschilderten Weise umspringt, was wird ein solcher Mann wohl für die Arbeiterschaft — die misera contribuens plebs — übrig haben, die ohne Organisation ihm auf Gnade und Ungnade überliefert wäre? Wir glauben, daß die Arbeiter von Schelter & Giesecke besser daran tun werden, ohne Ausnahme sich der Organisation der Gehilfen anzuschließen, als ihre ganze Hoffnung auf das „warme Herz“ des Herrn Giesecke zu setzen. Datum: Bern, 1. Februar 1904.

Der Humorist halber sei noch eine Zuschrift erwähnt, welche Herr Giesecke als Vorsitzender des „Kreisvereins Leipzig der Vereinigung der Schriftgießereibesitzer Deutschlands“ der „Buchdrucker-Woche“ zugehen ließ. In dieser Zuschrift heißt es:

„In Nr. 1 Ihrer Zeitschrift vom 6. d. M. finden wir eine Notiz über den Leipziger Schriftgießerstreik, in welcher Sie unter anderem anführen, daß der Streik in der Hauptsache seine Ursache darin hätte, daß einige Leipziger Gießereien nicht den Lohn tarif bewilligen wollten, den die auswärtigen schon seit längerer Zeit bezahlten. Dies entspricht insofern nicht den Tatsachen, als die von den Leipziger Schriftgießereien bezahlten Lohnsätze in der Gesamtheit höher sind als sie an den meisten anderen Gießorten bezahlt werden.“

Diese Verächtlichkeit erinnert so recht an die Geschichte von dem „Juden Abner, der nichts gesehen hat!“ Seit wann streiken denn in Leipzig die Schriftgießergehilfen wegen des Lohn tarifes? Sie streiken, um die achteinhalbstündige Arbeitszeit und eine Regelung der Frage der ungelerten Arbeiter zu erzielen! Diese Punkte sind in den übrigen Gießstädten geregelt, in Leipzig nicht, darum wird gestreikt! Der Vorsitzende des Kreisvereins in Leipzig weiß also noch nicht einmal, was die Ursache des Streiks ist, sonst würde er es der „Buchdrucker-Woche“ gesagt haben. Aber Herr Giesecke will nicht daran erinnert sein, daß gerade auf sein „diplomatisches“ Doppelspiel der Streik zurückzuführen ist, der ihm die Mittel an die Hand geben sollte, noch rückwärtsloser als bisher die ihm unliebsamen Konkurrenten zu Boden zu ringen. Sehen Sie, das ist ein Geschäft! —

Die auswärtigen, für Klinhardt und Nimmich Streikarbeit liefernden Firmen warnen wir nochmals, sich nicht die Finger zu verbrennen. Wir sind diesen Dingen auf der Spur und die Gehilfen-schaft kennt dann keinen Spaß, sondern wird solchen Firmen ebenfalls den Krieg erklären.

Ein neuer Fall von Maßregelung.

Der Begriff „Maßregelung“ ist in unserm Statut ziemlich weit umschrieben und doch treten noch Fälle von Maßregelung auf, die im Statut als solche festzulegen sind. Deshalb stelle ich die Frage: Gilt ein durch seine Tätigkeit als Delegierter des Gewerkschaftsrates arbeitslos gewordener Kollege als gemäßregelt und hat derselbe Anspruch auf Unterstützung nach § 2?

Die Beantwortung dieser Frage dürfte auf Grund unser Verbandsstatuts äußerst schwer fallen. Bietet doch unser Statut gerade in diesem Falle gar keine Handhabe für den eventuell gemäßregelten Kollegen und ist derselbe ganz dem Ermessen des Zentralvorstandes überlassen, welcher obige Frage einmal mit „ja“ und ein andermal wieder mit „nein“ beantwortet.

Zweit ferner Stellen soll nun sein, einen solchen Fall hier zu behandeln, um die nächsten Jahr abzuhaltende Generalversammlung des Verbandes zu veranlassen, in dieser Sache eine bestimmte Norm in den „Beschlüssen des Vorstandes“ festzulegen.

Die Gewerkschaftskartelle sind, trotzdem dieselben erst wenig mehr als ein Jahrzehnt bestehen, zu einer ständigen Einrichtung in der modernen Arbeiterbewegung geworden.

Die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaftskartelle ist die der Agitation und Organisation. Die Kartelle haben die Pflicht, junge, bereits bestehende Organisationen in größtmöglicher Weise zu unterstützen, noch nicht organisierte Berufsgruppen der Organisation zuzuführen, um so allmählich alle Arbeiter des in Betracht kommenden Kartellbezirks zu brauchbaren Gewerkschaftsgenossen zu erziehen. Die Agitation selbst muß den jeweiligen örtlichen Verhältnissen angepaßt werden. Hier im Saarreviere erfolgt dieselbe einerseits durch Abhalten von vertraulichen Besprechungen der in Betracht kommenden Berufsgruppen, andererseits durch Verteilen von Agitationsbroschüren und Flugblättern, des öftern aber auch durch mündliche Agitation von Haus zu Haus. In den meisten Fällen dürften zur Ausführung dieser notwendigen Arbeiten die Delegierten der Kartelle benutzt werden, welche m. E. auch die Pflicht haben, ihr ganzes Können einzusetzen, die ersten Schritte zum Erwecken des Organisationsgedankens in die indifferenten Arbeiterklasse hineinzufragen.

In Bezirken, wo das Scharfmachertum in allen Kreisen der Bevölkerung und bei der Behörde einen besonders großen Einfluß hat, wie beispielsweise hier im westfälischen Königreiche Stumm, wird es sich trotz aller Voricht nicht vermeiden lassen, daß die vom Kartelle mit der Agitation beauftragten Delegierten gemäßregelt werden. Ein dergleichen Gemäßregelter bekommt im ganzen Saarreviere höchst selten, man könnte richtig sagen nie wieder Arbeit, dafür sorgt schon das gut organisierte Unternehmertum und die Polizei. Als es z. B. vor etwa 2 1/2 Jahren mit schwerer Mühe unter Hilfe des hiesigen Gewerkschaftskartells gelungen war, die Glasarbeiter in Friedrichstal zu organisieren, wurde die von der Ortsgruppe des Glasarbeiterverbandes eingereichte Mitgliederliste von der Behörde an die Unternehmer ausgeliefert, 15 Arbeiter flogen aus Pfälzer. Kollege Schr., welcher als Delegierter des Kartells in Friedrichstal einen Verein abhielt, wurde von der hiesigen Saarbrücker mit dem Bemerkten: „Weltverbesserer könne man nicht brauchen“, entlassen. Der Zentralvorstand erkannte auf Antrag die Gemäßregelungunterstützung dem Kollegen zu. Ein andrer Kollege meldete im Auftrage des Kartells eine Vergarbeiterversammlung bei der Behörde an. Ein Beauftragter der Behörde erkundigte sich am selben Tage (Samstags vormittags) über einiges im Geschäft des Kollegen — abends Lohnauszahlung mit Kündigung ohne Grund. Der Kollege mußte abreißen, Schreiber dieses bekam vor sechs Wochen nach vierjähriger Tätigkeit den „Sack“ ohne Angabe des Grundes. Auf persönliche Anfrage beim Chef, Herrn Hofer, erklärte derselbe, er hätte mir ja tarifmäßig gekündigt, brauchte also keinen Grund anzugeben. Auf mein weiteres Befragen, ob Beschwerden über meine technische Leistung oder meine Führung im Geschäft eingegangen sei, gab Herr Hofer den Bescheid, mit Leistung und Führung wäre er sehr zufrieden, doch müsse er mich entlassen, da er sich sonst geschäftlich schädigen würde. Er habe anonyme Schreiben erhalten, wonach ich bei anderen Vereinen (Straßenbahnern, Fuhrleuten, Metallarbeitern usw.) Versammlungen abhielte und diese Leute „verbehe“. Ich sei Kartellvorsitzender, agitiere außerdem für die Arbeiterpresse usw. Er (Herr Hofer) stimme mit jenen Worten überein und verlange dies von meinen Arbeitern: „Was Brot ich esse, des Lied ich singe“.

Da ich nun in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des hiesigen Gewerkschaftskartells diese Versammlungen abgehalten habe, erklärte der hiesige Bezirksvorstand mich einstimmig mit Zustimmung der hiesigen Ortsvereinsversammlung als gemäßregelt. Der Hauptvorstand gab seine Zustimmung und beantwortete das Gesuch beim Zentralvorstande. Derselbe lehnte es mit folgender Begründung ab: „Die Entlassung sei nicht wegen meiner Eigenschaft als Kartellvorsitzender erfolgt, sondern weil ich Versammlungen abgehalten hätte; er wolle außerdem keinen Präzedenzfall schaffen.“ Will nun ein Kartellvorsitzender seine Pflicht tun, so wird er immer wieder in die Lage kommen, Versammlungen zu arrangieren, sei es für junge, noch nicht selbständige Ortsvereine oder zur Gründung für am Orte noch nicht bestehende Organisationen. Hält der Kartellvorsitzende diese Versammlungen nicht selbst ab und überträgt damit immer und immer wieder andere Dele-

gierte, so ist er eben seiner Aufgabe nicht gewachsen und mag sich begraben lassen.

Die Fälle dieser Art Maßregelung dürften überall vorkommen und können auch von hier aus noch in vermehrter Auflage vorgeführt werden. Doch vorläufig dürften diese Fälle genügen, um zum Denken Anlaß zu geben.

Eine weitere Aufgabe der Kartelle ist die, durch die Wahl gewerkschaftlicher Vertreter Einfluß in den hauptsächlich für die Arbeiter geschaffenen sozialen Institutionen, z. B. den Krankenkassen, den Gewerbegerichten usw., zu gewinnen. Wird nun ein Kollege als Kandidat der organisierten Arbeiter, sei es zum Gewerbegerichte oder zu sonst einer Körperschaft, aufgestellt, so sind unsere Gegner gleich da und denunzieren denselben in der Öffentlichkeit als Sozialdemokrat. Wird nun solch ein Kollege von einem staatsretterischen Prinzipale auf die Strafe gesetzt, was dann? Meines Erachtens müßten doch die Berufsgenossen des auf diese Art brotlos Gewordenen etwas für denselben tun. Ein solidarischer Eintreten für denselben könnte doch in Geschäften, wo die größte Zahl der Arbeiter organisiert ist, dahin führen, dem Kollegen seine Arbeitsgelegenheit zu erhalten. Sollte nun, da unser Statut keine Handhabe bei derart gelagerten Fällen bietet, der betreffende Kollege, ob er Familie hat oder nicht, sich mit der Arbeitslosenunterstützung zufriedengeben.

Dies darf und kann auf die Dauer nicht so bleiben, soll die Solidarität unter den eigenen Kollegen nicht auf ein noch tieferes Niveau herabsinken, als dies tatsächlich bei einem verhältnismäßig großen Teile der Verbandskollegen schon heute leider der Fall ist. Da die Delegierten, sei es zum Gewerkschaftskartelle oder zu sonst einer Körperschaft innerhalb der Arbeiterbewegung, von den Gewerkschaften selbst aufgestellt resp. gewählt werden, so muß auch m. E. die betreffende Gewerkschaft bei vorkommender Maßregelung ihres Delegierten geschlossen hinter denselben stehen und alle Mittel anwenden, um eine Schädigung des Betroffenen zu verhindern. Zum mindesten muß denselben die Unterstützung nach § 2 zu teil werden. Geschieht dies nicht, wird der auf diese Art Geschädigte sich selbst überlassen, so wird es mit der Zeit immer schwerer werden, ältere, also meist verheiratete, mit der Arbeiterbewegung vertraute Kollegen mit derart veranwortungsvollen Klementen zu betrauen.

Durch das solidarische Eintreten für solche Kollegen wird es nicht allein sehr oft ein leichtes sein, den Prinzipal zur Zurücknahme der Kündigung zu zwingen, sondern ein Prinzipal, welcher sieht, daß die Kollegenhaft geschlossen hinter solchen mit derartigen Klementen betrauten Kollegen steht, wird sich für die Folge wohl hüten, ähnliche Entlassungen vorzunehmen. Ein Vorgehen gegen den Unternehmer hat aber auch das Gute an sich, in unseren jungen Kollegen das Gefühl der Solidarität zu wecken und weiter anzuregen, um so allmählich einem großen Teile derselben den Glauben zu rauben, der Verband sei lediglich Unterstützungsverein. Jedenfalls zeugt es von wenig Verständnis für die Arbeiterbewegung und von nicht besonders viel Solidaritätsgefühl, wenn nur langjährige Verbandskollegen nach meiner Maßregelung erklären: „Hättest Du Dich um nichts gekümmert, so wärst Du auch nicht entlassen worden.“ Das „Unmühtschümmern“ ist leider heute sozusagen zum Ziele von sehr vielen Kollegen, besonders aber von vielen jüngeren geworden, welche beispielsweise hier im Saarreviere von einem Stamme alter Verbandsmitglieder aufs regste in dieser „Unmühtschümmern“-Theorie praktisch unterstützt werden. Und jene wenigen Kollegen, welche im Interesse der Organisation ihre ganze Kraft der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellen, werden hier im Saargebiete von den eigenen Kollegen als „dumme Kerls“ bezeichnet und von dem Unternehmertum nach kürzerer oder längerer Tätigkeit auf die Strafe gesetzt. Dieses alles würde anders sein, wenn für Kollegen, welche besondere Pflichten haben, auch jenes statutarische Recht bestände, wonach bei eventueller Maßregelung keine direkte Schädigung für ihn in Betracht kommt, sondern der § 2 ihnen immer zur Seite stünde.

Saarbrücken.

A. Chr.
Anmerkung der Redaktion: Der Verfasser vorstehenden Artikels hat seinen eignen Fall behandelt, man darf also annehmen, daß die ihm günstigen Verhältnisse nicht zu kurz gekommen sind. Uns ist dabei eins aufgefallen: der Kollege Chr. schreibt, daß ihm auch wegen seiner Agitation für die Arbeiterpresse gekündigt worden ist. Ja, wenn das die Ursache seiner Entlassung sein sollte, dieses Risiko muß jeder auf seine eigene Kappe nehmen, weil sonst die Organisation in die unheilvollsten Konflikte käme. Gerade hierin muß jede Gewerkschaft sich deutlich neutral verhalten, wenn nicht neben allen andern Präzedenzfällen von unabsehbarer Verwickelung geschaffen werden sollen. Was eine politische Parteipresse mit dem Amte eines Kartelldelegierten zu tun hat, verstehen wir nicht. Das ist doch die Privatsache jedes einzelnen. Anders liegt u. E. die Sache, wenn der betr. Kollege wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit, wenn auch nicht im Rahmen der eignen Organisation, entlassen worden ist. Hier müßte die Maßregelungsunterstützung gewährt werden, aber, um Schiedungen vorzubeugen, nur unter Vorbegehung genauer Untersuchung der Sachlage und wenn sie besonders gravierend die Maßregelung erkennen läßt; somit also von Fall zu Fall. Ob im vorliegenden Falle alle Kriterien einer Maßregelung im Sinne des Verbandsstatuts vorliegen, können wir natürlich nicht entscheiden.

Korrespondenzen.

K. Berlin. (Versammlung des Vereins der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend vom 17. Januar.) In derselben wurde das für die Zentralkommission ausgearbeitete Statut nach kurzer Beratung unverändert angenommen. Anschließend verlas der Obmann der Zentralkommission ein aus Leipzig gesandtes Schreiben, worin die dortigen Kollegen die Erhebung einer Extrasteuer von 1 Mk. für die Zentralkommission beantragen. Im allgemeinen war die Forderung der Versammlung hierzu eine ablehnende, die endgültige Beschlußfassung wurde jedoch bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zur Unterstützung für die Träger wurden nachträglich 25 Mk. bewilligt. Der Vorstand wurde dann erjucht, sein Augenmerk auf das in vielen Geschäften herrschende Ueberflußbewußtsein zu richten und diesem nach Kräften entgegenzuarbeiten. Zum Schluß machte der Vorsitzende bekannt, daß in der nächsten Versammlung am 21. Februar ein Vortrag über „Die Fortschritte in unserm Gewerbe“ gehalten wird und forderte die Mitglieder auf, sich recht zahlreich an derselben zu beteiligen.

e. Bremen. Am 16. Januar fand die erste Hauptversammlung unter Leitung des neuen Vorstandes statt. Der Vorsitzende richtete an die Anwesenden die Mahnung, stets zahlreich und pünktlich in den Versammlungen zu erscheinen. Nach Erledigung der internen Angelegenheiten kam man zum Punkte „Berichte der Kartelldelegierten“. Dieser Punkt rief eine längere Debatte hervor, worin die Zusammensetzung des Kartells kritisiert wurde. Man kam schließlich zu dem Schluß, es sei am besten, wenn alle Gewerkschaften ihre Delegierten zum Kartelle aus der Mitte des Vorstandes oder nur besetzte frühere Vorstandsmitglieder dazu wählten. Auch wurde montiert, daß bei Festlichkeiten zu hohe Eintrittspreise gefordert würden, z. B. beim Gewerkschaftsfest 50 Pf. Obenananntes Fest ergab einen Ueberfluß von 5800 Mk. Den Wünschen verschiedener Mitglieder nachkommend, soll in nächster Zeit ein Vortrag in Verbindung mit einer Versammlung stattfinden. Thema des Vortrages: Geschlechtskrankheiten.

Diesenhofen (Lothringen). Ueber das verfloßene Jahr ist nicht viel Neues zu berichten. Tarifliche Verhältnisse gut, Mitgliederzahl durchschnittlich 20, Nichtmitglieder nicht vorhanden. Entlohnung allenthalben zum und über Minimum, unter Minimum steht kein Kollege. Am 1. Juli wurde eine Mitgliedschaft gegründet. In der Generalversammlung am 3. Januar wurden die Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Am Orte sind vier Druckereien vorhanden; es erscheinen zwei Tageszeitungen. Das Wintervergnügen am 16. Januar in der Kaiserhalle war auch von auswärtigen Kollegen besucht und verlief in schönster Harmonie.

A. L. Dresden. Am 10. Januar hielt der hiesige Maschinenverein seine Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Nach Erledigung der üblichen Vereinsgeschäfte, Maßnahmen usw., legte der Vorsitzende seinen Jahresbericht vor, welcher von einer regen Tätigkeit des Vereins zeugte, besonders sprach der Vorsitzende seine Zufriedenheit aus über das rege Interesse, welches die Mitglieder dem Tonplattenzentrums entgegengebracht haben. Nach dem gedruckten vorliegenden Klassenberichte hatte die Vereinskasse einen Bestand von 576,58 Mk. und die Unterstützungskasse einen solchen von 523,49 Mk. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß kam die Versammlung noch auf die große Zahl der konditionslosen Drucker in Dresden zu sprechen und wurde der Vorstand beauftragt, sich mit dem Hauptvorstande in Verbindung zu setzen, um damit die nötigen Wege einschlagen zu können, damit sich die Konditionslosengänger der Drucker etwas verringere.

Esslingen. Die im Lokale „Zur neuen Welt“ abgehaltene Generalversammlung, in welcher der Vorsitzende den Jahresbericht erstattete, war gut besucht. Zu Anfang des Jahresjahres zählten wir 34, am Schluß 52 Mitglieder. Der „Corr.“ wird in 32 Exemplaren gelesen. Im Extranuterrückung wurden aufgebracht: Zum Weihnachtsgeschenke für die Konditionslosen 30 Mk., für den Kollegen Metz in Radowitz 10 Mk. Aus Anlaß der Unterstützung der Crimittalhauer Weber wurde beschlossen, bei derartigen Anlässen ein für allemal den Ausschuß zu ermächtigen, einen entsprechenden Betrag aus der Ortskasse zu entnehmen und durch eine Extrasteuer nachher zu decken. Dadurch sollen auch die weniger opferbereiten Kollegen bei derartigen Anlässen mit partizipieren dürfen. Um das Interesse an den Versammlungen zu fördern und einen bessern Besuch zu erzielen, soll in jeder Versammlung ein Vortrag aus dem Kollegenkreise heraus stattfinden. Die Ausschlußwahl ergab: Karl Weeber, Vertrauensmann und Vorsitzender, Chr. Schmidt, stellvertretender Vorsitzender, Scheu, Schriftführer.

Forst (Lausitz). Von 45 hieselbst beschäftigten Buchdruckern sind 33 A. M. Obwohl die nichtorganisierten, bei der Firma C. Poene beschäftigten Kollegen an der Betätigung des Koalitionsrechtes nicht gehindert werden, haben einige nicht den Mut, unserer Organisation (deren Freie immer schmunzelnd eingeschminkt wurden) beizutreten, andere wieder halten den Beitritt für zwecklos. Die nichttarif-treue Firma Thelemann wandelt in den Fußstapfen ihres Vorgängers, des Herrn Otto Koobs, welcher hieselbst absolut vom Tarife nichts wissen wollte, denselben aber nunmehr in Berlin anerkannt hat. Wir empfehlen Herrn Thelemann, dem Beispiele des früheren Firmeninhabers schleunigst

nachzuwachen, sich aber namentlich in bezug auf Lehrlingswirtschaft gewerblicher Ordnung zu befleißigen, denn was in Berlin möglich ist, sollte doch in Forst erst recht möglich sein. Sechsmaschinen: bis jetzt noch keine! Versammlungsbefuch: gut. „Corr.“: 18 Exemplare auf Kosten der Ortskasse. Am 17. Oktober: Unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Quartett Untenberg“ (16 Sänger, besoldeter Dirigent) Feier des 25 jährigen Verbandsjubiläum unsers Kollegen Hermann Stolzenberg, welcher als Ehrenpräsident eine silberne Taschenuhr mit Widmung überreicht wurde.

Halle a. S. In Nr. 11 des „Corr.“ befinden sich unter Halle a. S. und Zittau zwei Einfindungen, zu denen ich meinerseits folgendes bemerken möchte: Es ist nicht wahr, daß ich „mit dem Engagement in der Tasche“ an fast allen Sitzungen des Volksblattpersonals teilgenommen habe. Ich habe das seinerzeit schon in der Versammlung vom 17. Oktober v. J. erklärt: Dienstag den 13. Oktober wurde mir der Posten angeboten, Mittwoch war kombinierte Vorstandssitzung mit dem Personale des Volksblattes, Donnerstag nahm ich Rücksprache mit dem Verwalter des Arbeitsnachweises, Freitag erklärte ich die Annahme der Stellung in der Lieberung, daß noch etwa vorhandene Differenzen sich baldigt ausmergen ließen. Es ist nicht wahr, daß ich die „persönlichen Stänkereien“ in der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins angefangen habe; ich wurde durch das Hereinzehren meiner Familienverhältnisse usw. aufs äußerste provoziert. Zum Schlusse die Darstellung der Geschichte des Herrn B.-n-Zittau. Es sind allerdings fast genau 18 Jahre her, immerhin ist sie mir noch einigermaßen im Gedächtnisse. Von der Walze weg wurde ich durch den damaligen Gausvorsteher S. nach Köthen in Ausbilstkonkition geschickt. Mein Gespan war B.-n, von dem ich annehme, daß er in der Druckerei dauernde Stellung habe. Er war, wenn ich nicht irre, damals verlobt. Daß er sich verändern wollte, war mir gänzlich unbekannt. In Köthen stand ich 6 bis 8 Wochen und fuhr fast alle Sonnabende nach Halle zu den Eltern. Als ich wieder eines Sonnabends nach Hause kam, eröffneten mir meine Eltern, die mit dem Faktor W. der Köthener Buchdruckerei (meiner Lehrbrüde) sehr bekannt waren, daß dieser ihnen am Freitag oder Sonnabend gefagt habe, sie hätten wieder viele Arbeit, wo ich wäre usw. Aus Sparmaßregelnrückichten, da ich Verbindungen mit dem Auslande angeknüpft hatte, zog ich allerdings Halle als Kondition vor, sah aber auch hier voraus, daß, als am Vorabend des 86 er Streiks, die Stellung nicht lange dauern würde. Ich ging also Sonntag zum Faktor W. hin und erhielt Arbeit. Mit mir wurden noch ein oder zwei Kollegen eingestellt. Im Juli oder noch früher kam es zum Ausstande, wir, d. h. die Abzweigabteilung flog hinaus — ich einer der ersten, da ich mir erlaubt hatte, die „Tageblatt“ferer an ihre Pflichten zu erinnern. Dies der Sachverhalt. Nach längeren Jahren erzählte mir irgend jemand, B.-n hätte mir dies übel genommen, daß ich dort in der Druckerei angefangen hätte. Ich hielt das nicht für möglich, sehe aber heute, das es doch an dem ist. Persönlich hat er mir das nie gesagt, obgleich wir uns doch einigemal gesehen haben. Hätte er mir seine Ansicht, sich zu verändern mitgeteilt, hätte ich ihm diese Druckerei als „feste Stellung“ nie empfehlen können. **Eduard Kitz.**

Hamburg. Am 19. Januar hielt der hiesige Schriftgelehrerverein seine halbjährliche Generalversammlung ab. Nachdem das Protokoll gelesen und genehmigt, erfolgte Kassenbericht. Derselbe ergab eine Einnahme von 1014,95 Mk. gegen eine Ausgabe von 793,89 Mk. Kassenbestand 1257,85 Mk. Für die Invaliden wurden 371,75 Mk. eingenommen und 333,15 Mk. verausgabt. Die Abrechnung wurde genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Betreffs des diesjährigen Vergnügens, wurde beschlossen ein Sommer- und ein Stiftungsfest abzuhalten. Nachdem der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Lage des Leipziger Ausstandes gegeben und die Mitglieder aufgefordert, zwecks genauer Orientierung die ausführenden Berichte im „Corr.“ zu verfolgen, wird eine Resolution einstimmig angenommen, in der, den streikenden Kollegen die vollste Sympathie ausgedrückt wird und die Ausständigen erucht werden, in ihren Forderungen zu beharren. Hierauf wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt. (Vorstandswahl unter Verbandsnachrichten.)

Harburg a. Elbe. (Jahresbericht.) In der am 16. Januar im Vereinslokale „Zur neuen Welt“ abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus demselben sei folgendes hervorgehoben: Auf tariflichen Gebiete lassen die Verhältnisse noch sehr viel zu wünschen übrig; die Schuld an den schlechtesten Zuständen tragen die Nichtmitglieder, die hier in 45 Exemplaren ihr Dasein fristen. Diese Auchkollegen sind absolut für nichts zu haben. Alle Bemühungen, die Herren der beiden größten, den Tarif völlig ignorierenden Druckereien „Kreisblatt“ und „Harburger Zeitung“ zu Kollegen zu erziehen, gingen fehl. Unsere Versammlungseinladungen wurden nicht beachtet und so sparten wir uns vorläufig die Arbeit, die Leute an ihre kollegialen Pflichten zu erinnern. 25 Jahre arbeitet der Verband daran, die Druckerei des Kreisblattes zu gewinnen — aber es wird ihm nicht gelingen, orakelte ein altes Nichtmitglied. Gegenüber solchen verbohrteten Anschauungen würde auch die ergiebigste Benutzung eines Nürnberger Trichters zwecklos sein. Es nützt nichts, daß man den Leuten erklärt: Ihr müßt und könnt mehr verdienen — wenn Ihr ein wenig Courage habt — sie pinnen doch weiter stramm unter Tarif. Alle gut gemeinten Rathschläge sind bei den Herren umsonst; möge die wirt-

schaftliche Entwicklung das vollbringen, was uns beim besten Willen nicht möglich ist: ihren verobotenen Denkapparat in Tätigkeit setzen und sie zu der Erkenntnis der Organisation bringen. Unsere Versammlungen erfreuten sich durchweg eines guten Besuchs. Während sich die Mitgliederzahl am vorjährigen Jahreschlusse auf 17 stellte, beträgt sie augenblicklich 16. Der „Corr.“ wird in 16 Exemplaren gelesen (obligatorisch). Ausgetreten sind die Herren H. Weber (Prinzipal) und der Redakteur und Geschäftsführer der „Harburger Zeitung“ S. Aar. Die Hoffnungen, die wir auf letzteren Herrn gesetzt, erlitten elend Schicksal; von seinen Versprechungen, für tarifliche Verhältnisse zu sorgen, hat er keine gehalten. Der Austritt dieses Herrn führte noch zu einer Beleidigungsklage gegen den Redakteur des „Volksblattes“, weil in einer scharfen Notiz im „Volksblatt“ Herr S. Aar daran erinnert wurde, daß man bei einem „Austritte“ erst seine Kiste begleite (es waren 13), was dann auch geschah. Gelegentlich eines Termines (der Prozeß ist noch nicht zu Ende) berichtete der Herr, „daß das Reflektieren im Verbands der Deutschen Buchdrucker Mode sei!“ Allerdings, seit Herr S. uns den Rücken wandte, ist bei uns von Reflektieren keine Rede mehr. Es ist dieses noch ein recht trübes Bild aus einem Orte von bald 60000 Einwohnern, vor den Toren Hamburgs, wo schon so manches Opfer kollektiver Pflicht gebracht wurde. Durch die Neuwahl des Vorstandes wurden für das laufende Jahr gewählt die Kollegen: Heinrich Bering, Vorsitzender, Felsbr. 22, II; Karl Wolff, Kassierer, Gerabefstraße 7; Hermann Schmoor, Schriftführer; R. Kirges, Bibliothekar; Adolf Waerer und Reinhold Kühne, Revisoren. Unter „Verschiedenes“ gelangten noch einige Angelegenheiten zur Verhandlung.

m. Landau (Hfalg). Der Bezirksverein hielt am 17. Januar hier seine ordentliche Bezirksvereinsversammlung ab, die einigermaßen gut besucht war. Nachdem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresberichte betrug die Mitgliederzahl Ende des 4. Quartals 36. Auch hier muß lebhafteste Klage über den schlechten Versammlungsbesuch geführt werden. Es ist wie anderwärts auch, erst kommen die Vergnügensvereine, in zweiter Linie erst der Verband. (Vorstandswahl siehe unter Verbandsnachrichten.)

m. Landshtut a. Hjar. Am 16. Januar wurde die diesjährige Ordentliche Generalversammlung abgehalten, welche gut besucht war. Vorsitzender C. B. Koller sowie Kassierer L. Maindl erstatteten Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr, woraus folgendes erwähnenswert ist: Tarifliche Verhältnisse gut; Mitgliederstand am Schlusse des Jahres 1903: 45 (i. B. 39); Nichtmitglieber sowie Sechsmaschinen gibt es hier keine. Vermögen des Ortsvereins ist 856,42 Mk. gegen das Vorjahr mit 913,41 Mk. Dem Kassierer wurde für musterzünftige Kassen- und Buchführung Decharge erteilt. Der Vorstand hofft, daß der Versammlungsbesuch in diesem Jahre ein besserer werde. Der Beitrag zur Ortskaffe wurde in gleicher Weise wie bisher belassen. Der „Corr.“ wird hier obligatorisch gehalten. Die Frequenz der Bibliothek war zufriedenstellend.

Neuwied a. Rh. (Bezirk Bonn.) Die Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins wurde am 17. Januar abgehalten, welche von sämtlichen Mitgliedern und zehn Nichtmitgliedern besucht war. Derselben wohnte auch Bezirksvorsitzender Balbus aus Bonn als Gast bei. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, meldeten sich nach einem kurzen Appelle sämtliche anwesende Nichtverbändler zur Aufnahme, welche auch einstimmig erfolgte. Der Bericht des Kassierers wurde als richtig befunden und denselben einstimmig Decharge erteilt und ihm der beste Dank für seine betriebende Kassenführung von der Versammlung ausgesprochen. Aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden ist folgendes zu entnehmen: Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 23 und am Ende desselben 19. Die tariflichen Verhältnisse am hiesigen Orte sind zurzeit befriedigende zu nennen und hat während des abgelaufenen Jahres die Stridersche Buchdruckerei den Tarif schriftlich anerkannt. Die Versammlungen wurden während des vergangenen Jahres gut besucht. An nichtbezugsberechtigten und ausgetretene Mitglieder wurden je 50 Pf. gezahlt. Außerdem wurden an sämtlich ereifende Mitglieder während der Wintermonate November und Dezember Schlafmarken verabreicht. Die Bibliothek, welche diese herrliche Bücher besitzt, wurde von den Mitgliedern fleißig benutzt. Der „Corr.“ wird in 19 Exemplaren gehalten (obligatorisch). Zum Schlusse der Versammlung forberte Bezirksvorsitzender Balbus die sämtlichen anwesenden Kollegen auf, treu und fest zum Verbands zu halten und mit Fleiß weiterzuarbeiten an dem großen Werke. Der Vorsitzende schloß dann mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf den Verband die gut verlaufene Versammlung. Das Ergebnis der Wahl des Vorstandes siehe unter Verbandsnachrichten in Nr. 9.

S. Paffau. Am 24. Januar hielt die hiesige Mitgliedenschaft ihre diesjährige Generalversammlung ab. Nach Erledigung der Tagesordnung forderte Vertrauensmann Schöpfketter die Mitglieder auf, auch im neuen Jahre wie im alten ihre Pflichten erfüllen zu wollen und schloß dann mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Versammlung.

Wandsbek. In der am 13. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde der Jahresbericht erstattet. Mitgliederstand am Anfang und Ende des Jahres 15. Nichtmitglieber sind am Orte 5 vorhanden. Das Bistium für Nichtbezugsberechtigte und Ausgetretene wurde von 30 auf 50 Pf. erhöht. Ausgezahlt wird daselbe vom

Kassierer B. Schmidt, Fehlingspassage 18. Mittags von 1 bis 1/2 Uhr und Abends von 7 bis 1/2 8 Uhr. (Vorstand siehe Verbandsnachrichten.)

P. Wyrms a. Rh. Am 16. Januar hielt der hiesige Bezirksverein seine Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Der Vorsitzende H. L. Z. erstattete den Jahresbericht, aus dem hauptsächlich die Gründung eines Tarifschiedsgerichtes und die Aufhebung der Sperre über die „Bornser Nachrichten“, veranlaßt durch die schriftliche Anerkennung des Tarifes, zu entnehmen wäre. Die Jahres- und Quartalsabrechnung gab der Kassierer Eberhardt bekannt. Von den Revisoren war die Abrechnung geprüft und für richtig befunden, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Der „Corr.“ ist obligatorisch, für zwei Mann ein Exemplar. Bei der Vorstandswahl wurde der jetzige Vorstand zum größten Teile wiedergewählt (siehe Verbandsnachrichten). Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde eine sehr erregte Debatte gepflogen, die in persönliche Angriffe überging, so daß der Vorsitzende zu seinem Bedauern genötigt war, die Versammlung vor Erledigung der Tagesordnung zu schließen.

Briefkasten.

Kr. in Regensburg: Senden Sie nur, was von fachgewerblichem und fachtechnischem Interesse; wir werden dann prüfen, ob brauchbar. — K. in Sommerfeld: 1,75 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüreau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten und zwar für:

- die deutsche Schweiz an Emil Fijster, Bern, Friedbad 41;
 - die romanische Schweiz an Marius Corbaz, Lausanne, Chaleat du midi, chemin Jurigoz;
 - die italienische Schweiz an F. Walschki, Lugano, Via nuova 13;
 - Elsäß-Lothringen an Alphonse Schmolz, Straßburg, Langestraße 146;
 - Oesterreich an Franz Reifmüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25, 4. Stiege, II. Stoc 33;
 - Belgien an Wilh. Sarhage, Place de la Duchesse 6, Brüssel;
 - Ungarn an Julius Beißl, Budapest VIII, Stähly-utóza 7;
 - Freiburg an Samu Löwy, Freiburg, Michaelergasse 16;
 - Holland an S. Gols, Amsterdam, Bloemstraat 60 huis;
 - Dänemark an Viktor Petersen, Kopenhagen, Nybrogade 12 K.
- Berlin.

Der Vorstand.

Frankfurt-Hessen. Die Wahl der Delegierten zu dem an den beiden Oftertagen in Marburg stattfindenden Gantage wird hiermit auf Samstag den 27. Februar festgesetzt. Wahlgabend für die Zahl der Delegierten ist der Mitgliederabend Ende des IV. Quartals 1904. Das Resultat der Wahl ist bis spätestens zum 5. März dem Gausvorstande einzufenden.

Hfpreußen. Bei der Firma Harich in Allenstein sind Tarifdifferenzen ausgebrochen, darum Vorsicht!

Bezirk Darmstadt. Die diesjährige Generalversammlung findet Sonntag den 21. Februar, nachmittags 1/3 Uhr, in Böttingers Brauerei statt. Anträge für diese Versammlung müssen bis zum Beginne derselben eingereicht werden.

Bezirk Gießen. Die erste diesjährige Bezirksversammlung findet am 28. Februar in Gelsenkirchen statt. Anträge sind bis spätestens 20. Februar an den Vorsitzenden Schored einzufenden.

Breslau. Der Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: C. Paßke, Adalbertstraße 25, erster Vorsitzender; Ch. Hagenberg, zweiter Vorsitzender; Fr. Schönborn, Waterloostraße 8, II, Kassierer; F. Weichert, Schriftführer; Fr. Schmidt und M. Galle, Revisoren.

Gemmitz. Die Kollegen werden gebeten, alle in ihren Händen befindlichen Bibliotheksbücher am Sonnabend den 6. Februar zwecks Revision zur Ablieferung zu bringen.

Crimmitschau. Der Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Alfred Rost, Albertstraße 1, Vorsitzender; Max Brenner, Wiesenstraße 25, Kassierer; H. Göpner, Schriftführer; Max Ludwig, Bibliothekar; F. Käffig und B. Schirer, Revisoren.

Gfen. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Karl Wöckel, Mittenfeld, Amnstraße 10, erster Vorsitzender; Heini Müller, zweiter Vorsitzender; Max Adamczewski, Salkenbergsweg 2, Kassierer; Otto Krauß, erster Schriftführer; Wilhelm Heinen, zweiter Schriftführer; Robert Bücker und Otto Richter, Bibliothekare; L. B. Sauerborn und Maas, Revisoren der Gautaffe; L. B. Sauerborn und Maas, Revisoren der Bezirks- und Ortskaffe; Ewald Müller, Reiskassierverwalter.

Hufum. Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins setzt sich für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zu-

fammen: Reinhard Striepe, Brinkmannstraße 10, Vorsitzender; Karl Ademann, Sünderstraße 47, Kassierer; Hans Thomsen, Schriftführer; Otto Schweim, Beisitzer; Müller und Pagers, Revisoren.

Lübeck. Vorstand: Oskar Sandke, Pelzerstr. 27, I, Vorsitzender; Johs. Körner, Reijerstraße 33a, Kassierer; W. Neumann, Schriftführer; P. Bernbed und P. Köpfe, Beisitzer.

Magdeburg. (Maschinenmeisterverein.) Die Adressen des neugewählten Vorstandes lauten: Paul Trensch, Weißgerberstraße 9/10, erster Vorsitzender; Aug. Petri, Magdeburg-Diesdorf, Kassierer.

Mülheim a. Rh. Der Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Rich. Koch, Buchheim bei Köln, Frankfurterstraße 251, III; Vorsitzender; Jean Gaber, Weststraße 21, Kassierer; El. Cremer, Schriftführer; Kunkel, Beisitzer.

Neumünster i. S. Der Vorstand für das Jahr 1904 besteht aus folgenden Kollegen: Leo Werner, Esplanade 11, Vorsitzender; Hermann Mardeck, Ringstraße 7, Kassierer; Albert Vertold, Schriftführer; Joh. Stern, Bibliothekar; S. Brandt und Th. Berg, Revisoren.

Pögnitz. Der Vorstand setzt sich für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zusammen: Ernst Hoffmann, Poststraße 4, Vorsitzender; Otto Tischendorf, An der Bahn, Kassierer; Heinrich Laubmann, Schriftführer.

Rendsburg. Der Vorstand des Ortsvereins besteht aus den Kollegen: Karl Thate, Königinstraße 6 (Buch-

druckerei Müller), Vorsitzender; Karl Helfer, Büdelstraße bei Rendsburg, Neue Dorfstraße, Kassierer; Otto Herm. Knoop, Schriftführer.

Schwerin i. M. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: L. Kirchmeyer, Werderstraße 3, Vorsitzender; E. Lingner, Johannesstraße 21, Kassierer; F. Kort, Schriftführer; S. Lüdemann, Bibliothekar.

Sittau. Die Adresse des ersten Vorsitzenden Mag Steudtner lautet nicht, wie in Nr. 11 irtümlich angegeben, Poritscherstraße, sondern Friedländerstraße 21.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Lachen die Seher 1. Josef Braun, geb. in Lachen 1879, ausgl. daf. 1898; 2. Albert Wilhelm Müller, geb. in Stolberg 1881, ausgl. daf. 1900; waren noch nicht Mitglieder. — Andr. Wilms, Adalbertstraße 55.

In Alsfeld der Faktor Gerhard Bunge, geb. in Scholt (Odernburg) 1875, ausgl. in Westerfede 1894; war schon Mitglied. — A. Holland in Gießen, Schulstraße 11, II.

In Essen die Seher 1. Johann Adam Dilly, geb. in Hebersdorf-Neuwied 1872, ausgl. daf. 1890; 2. Wilh. Jordan, geb. in Barby (Elbe) 1877, ausgl. in Calbe (Saale) 1896; waren schon Mitglieder; 3. Franz Debbete, geb. in Paderborn 1873, ausgl. daf. 1901; war noch nicht Mitglied. — Karl Bodmühl in Rittenscheid-Essen.

In Görlitz der Schweizerdegen Fritz Werwirth, geb. in Bergisdorf b. Sagan 1883, ausgl. in Kaufcha-

(Ob.-L.) 1902; war noch nicht Mitglied. — Mag Deinert, Dresdenerstraße 14, II.

In Wittenberg der Seher Reinhold Füllcher, geb. in Büßig (Kr. Wittenberg) 1883, ausgl. in Bahna 1902; war schon Mitglied. — In Bahna der Seher Hermann Kühnert, geb. in Rochlitz i. S. 1886, ausgl. in Bahna 1903; war noch nicht Mitglied. — Albert Müller in Dessau, Dageinstraße 7.

In Prag der Seher Karl Oskar Menzel, geb. in Neufalza (Sachsen) 1872, ausgl. in Kamenz (Sach.) 1890; war schon Mitglied. — Karl Krumert, Smettagasse 599.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Donauwörth. Die Herren Reisefasserverwalter und Verbandsfunktionäre werden erucht, dem zurzeit auf der Reise (oder in Kondition) befindlichen Seher Hugo Bornhake (Naumburg a. S., Hauptstr. 11292) 3 Mk. abzugeben und portofrei an S. Rudolph, Ringelplatz 118, zu senden.

Zentral-Kommission der Maschinenmeister Deutschlands.

Das Rundschreiben Nr. 10 mit vollständigem Adressenverzeichnis der 52 Maschinenmeistervereine Deutschlands wurde soeben versandt. Da sämtliche Vereine aus einzelstehende Kollegen aus den Bezirken aufnehmen, werden einzelstehende Kollegen, die sich einem Maschinenmeisterverein anschließen wollen, erucht, vom Obmann Franz Kraette, Charlottenburg 4, Pestalozzistraße 16, I, das Rundschreiben Nr. 10 zu verlangen.

Deutsche Buchdrucker und Schriftgießer!

Nachdem alle Vermittlungsversuche des Tarif-Amtes sowie der Zentrale der Schriftgießereibesitzer Deutschlands und der der Gehilfenschaft mit den Leipziger Schriftgießereibesitzern erfolglos geblieben sind, sieht sich die unterzeichnete Kommission veranlaßt, diejenigen Leipziger Schriftgießereifirmen bekannt zu geben, welche ein Eingehen auf die Arbeitsbedingungen, die von allen Gießereifirmen Deutschlands als recht und billig anerkannt sind, abgelehnt haben; es sind dies die Firmen:

Böttger, Ninkhardt, Humrich, Kuhl, Scheller & Giesede.

Wir rechnen in unserm Kampfe auf die Solidarität aller Verbandskollegen, namentlich aber derjenigen, welche auf den Anlauf von Schriftgießereizerzeugnissen einen Einfluß auszuüben in der Lage sind.

Berlin.

Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands.

Tüchtiger, zuverlässiger Maschinenmeister

erste Kraft, im Auto, Farbren, bessern Werk, Abzidenz, und Plattendrucke durchaus erfahren, mit den meisten Maschinensystemen vollständig vertraut, sucht dauernde Stellung. Sprechender ist militärfrei und arbeitet flott auch auf Zweitourneumachine. Werte Offerten unter Nr. 572 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Eilt!

Zum Verlaufe von Zigarren an Wirt usw. wird ein tüchtig Agent gesucht, gleich wo Wohnhaft. Vergütung ev. 250 Mt. pro Monat oder hohe Provision. A. Meek & Co., Hamburg.

Junger, tüchtiger Maschinenmeister

gesucht. Werte Offerten mit Zeugnissen und Gehaltsansprüchen erbeten an Th. Grawsch, Heydt (Rheinprov.).

Suche einen tüchtigen Stempelschneidergehilfen

nicht unter 22 Jahre. W. Kirkwood jr., Frankfurt a. M., Günthersburg-Allee 19.

Tüchtiger Zenggraver

findet in einer größeren Schriftgießerei dauernde Stelle. Werte Offerten unter Beifügung von Probearbeiten besördert die Geschäftsstelle d. Bl. unter A. 575.

Korrektor

sucht perfekter Schweizerdegen (3 1/2 J. Ohnm.) in nicht zu großer Druckerei bald arbeitsverdien, aber gut bezahlten Posten, wo derselbe in unbeschäftigter Zeit ev. Abzidenzen setzen, in dringlichen Fällen aber überall Hand anlegen könnte. Auch zur technischen Leitung eines kleinen Betriebes befähigt. 26 Jahre alt, verheiratet. Werte Offerten unter Nr. 552 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Korrektor (Seher), 34 Jahre alt, verheiratet, als Seher u. Korrektor jahrelang tätig gewesen, sehr gewissenhaft u. solid, der engl. Sprache mächtig, sucht veränderungshalber, event. als Seher bald. Rand. W. Hoff, erb. an Ed. Schreiber, Röslin, Buchbergstr. 8.

Junger Maschinenmeister tüchtig im Abzidenz, Werk u. Plattendrucke, sucht sofort oder bald tarifmäßige Kondition. Werte Offerten erb. an A. Urban, Görlitz (Schlesien), Obermarkt 23.

Billich! Leitfaden f. Buntbuchdr. (M. & D.), fast neu, 6,75 Mt.; Wörterl. Gutenbergbuch, 1,75 Mt. P. Fischer, Neumünster, Joachimstr. 26.

Arno Etzold
Gera (Reuss)
Fabrik für
Berufskleidung
und Wäsche aller Art
für Maschinisten,
Schlosser, Maler, Fleischer,
Buchdrucker usw. [48]
Katalog franko.

Berlin. Elegante Herrenmoden nach Maß. Fritz Wodrich, Solmsstr. 1. Garantie für taubelosen Sitz. — Solide Preise.

Buchdrucker-Chrengeschenke für Berufs-, Geschäfts-, Verbandsbibliotheken usw. enthält in größter Auswahl der reichhaltigsten Graphische Anzeiger, Halle a. S.

Deutscher Buchdrucker-Kalender für 1904 von Ludwig Rexhäuser. Preis 1 Mk. Verlag von Radelli & Hille, Leipzig Salomonstrasse 8.

Zehntel der bunten Abzidenz. Bild, Härtel in Leipzig. Bl. — 3,50 Mt.

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein

Sitz Berlin.

Sonntag den 7. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Duesenstraße part., Engel-Nr 15:

Ausserordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsnachrichten; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Beschlußfassung über das von der Zentralkommission vorgelegte Normalstatut; 4. Genehmigung resp. Ergänzung des Tarifentwurfes; 5. Besprechung über eine zu Pfingsten in Aussicht zu nehmende Zusammenkunft mit den Dresdener resp. Leipziger Kollegen; 6. Verschiedenes. Der Vorstand. [551]

M.-G.-V. Gutenberg in Düsseldorf.

Samstag den 6. Februar, abends 8 Uhr, im frühern Civoli, Köfnerstraße 30:

Abendunterhaltung mit nachh. geschlossenem Tanzkränzchen.

Karten à 25 Pf. sind nur im Vorverkauf bei den Mitgliedern und im Festlokal zu haben; abends keine Kasse. Alle Kollegen ladet freundlich ein. Der Vorstand. [556]

Bestes Bildungsmittel für jüngere Gehilfen!

Unterrichtsbriefe für Buchdrucker.

Soeben erschien: Serie A: Setzerbrief 18, Visitenkarte. Zu beziehen durch Richard Härtel in Leipzig-R., Kohlgartenstrasse 48. [579]

Aachen.

Samstag, 6. Februar, abends 9 Uhr: Monats-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Mitteilungen; 2. Kassenbericht; 3. Antrag auf Ausschluß von Mitgliedern; 4. Gedächtnisrede; 5. Ergänzungswahl des Vorstandes; 6. Neuwahl der Gewerkschafts-karrierefunktionäre; 7. Verschiedenes. — Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Maschinensetzervereinigung Gau Dresden.

Sonntag den 7. Februar, vorm. 1/2 11 Uhr: Generalversammlung im Restaurant „Zum Gensfelder“, Kaufbachstraße 16. [569]

Dresden Buchdruck- u. Masch.-Verein Dresden

Sonntag den 7. Februar, vorm. 11 Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal.

In dieser Versammlung sind die Eintrittskarten zum Stiftungsfeste für Mitglieder und deren Angehörige zu entnehmen. Der Vorstand.

Erfurt.

Sonntag den 6. Februar: Monatsversammlung.

Wolltägliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Gera. Sonntag, 6. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal: Ordentliche Generalversammlung.

Festlich, Zutrittsgewöhnlich usw. bei dieser Versammlung werden laut Statut mit 25 resp. 10 Pf. bestraft. Der Vorstand. [580]

Halle a. S.

Sonntag den 6. Februar, abds. 8 1/2 Uhr, im Gasthause „Zu den drei Königen“: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Protokollprüfung; 2. Mitgliederaufnahme; 3. Bericht über den Ausgang des Kampfes in der Gewerkschaftsfrage; 4. Mitgliedsfrage; 5. Besprechung der Restantenliste; 6. Verschiedenes. Der Vorstand. [578]

Maschinensetzervereinigung Rheinland-Westfalens.

Sonntag den 7. Februar, vorm. 1/2 11 Uhr: Monatsversammlung.

in Garmen, Restauration Gölje, Steinweg und Köpferstraße. 5 Minuten vom Bahnhofs Wannen-Grubrich. — Tagesordnung geht den Mitgliedern per Zirkular zu. [529]

Gegen 1 1/2 Uhr: Gemeinschaftl. Mittagessen (à Person 1 Mt.) in demselben Lokale. — Befand gut. — Umstellungen hierzu sind bis spätestens 3. Februar an Kollegen Emil Karb, Elberfeld, Karlsruferstraße 8, zu richten. — Nachmittags: Besuch Elberfelds. Dasselbst: Unterhaltungsabend, veranstaltet von Seherverein Gutenberg in Vereinslokal. Restaur. Sauerzopf, Bachstraße 92. — Kollegen vom Kassen herzlich willkommen.

Berlin.

Zu einem gemächlichen Frühstücken in der Brauerei Pfefferberg (Schönhauser Allee) Sonntag den 7. Februar ladet freundlich ein Hermann Strauß. [507]

Bolzmanns Gesellschaftsaus

Berlin, Lichtenbergerstraße 21. Gastwirtschaft und Fremdenverkehr. — Gute Speisen und Getränke. — Billige Preise.

Gefanten Leipzig!!!

Nächsten Sonntag den 6. Februar, abends von 6 Uhr ab, alle Gefanten beim Doppelfest (Duerstake) wegen Entgegennahme wichtiger Mitteilungen. Keiner fehlt! H. S. G. S. [574]

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgartenstrasse 48. Faber, Almanach für Buchdrucker. Zugleich Reiseführer. 1904. Oct. 2 Mt.

Die Sozialpolitik im Reichstage.

Unser Reichsparlament dehnte in der letzten Januarwoche seine Verhandlungen auf den Sonnabend aus, es mußte nämlich — um einen terminus technicus zu gebrauchen — einen Feiertag (den 27. Januar) nachholen. Da die zweite Lesung des Etats auf der Tagesordnung, stand die ganze Parlamentswoche unter dem Zeichen der Sozialpolitik, mit der zu beschäftigen nach einem am 12. Januar 1901 getanen Aussprüche des biden Dertel ja eine ansteckende Krankheit ist. Von den Toten — und der Mann mit dem blendend weißen „Gipsverbande“ zählt auch zu den Opfern des Wahlkampfes von 1903 — soll man ja nichts Schlechtes reden, wir wollen deshalb auch nicht sagen, daß der gewesene Bakulus absolut unrecht hat mit seinem Verdachte gegen die Lebertragbarkeit sozialpolitischer Anwendungen, wir wollen vielmehr nur konstatieren, daß von Gefahren aus der Beschäftigung mit Sozialpolitik diesmal gewiß nichts zu merken war, denn die Regierung verstand die Kunst, sich nicht sofort zu erschließen, einfach meisterlich. — Die Woche setzte ein mit der Vorführung eines recht alten Ladenaheimers, mit dem Dienenantrage. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Preußen in holdem Vereine mit dem fortschrittlichen Sachsen den Prellbock gegen diese Forderung der Willigkeit abgeben, von anderen einflußreichen Faktoren ganz abgesehen. Auch diesmal waren sich wieder alle Parteien in dieser Frage einig, mit selbstverständlicher Ausnahme der Konservern, aber auch diesmal hat diese Debatte nicht den geringsten positiven Nutzen hinterlassen; Graf Posadowsky sprach das ja ganz dürre aus. Die klaglichen Bezahlungsverhältnisse der diätarisch angestellten Reichstagsbeamten leiteten dann über zu den Gezeiten der Sozialpolitik. Der Abgeordnete Trimborn vom Zentrum eröffnete den Reigen und immer gewärtig des Augenblickes, wie es sich für einen richtigen Parlamentarier ziemt, galten seine ersten Worte dem Arzte- und Krankenkassenkonflikte. Er schwärmte sehr für die freie Arztwahl unter der Voraussetzung einer scharfen Kontrolle der Ärzte durch die Ärzte selbst. Das Gleichnis vom Boote, den man nicht zum Gärtner setzen soll, ist jedenfalls Herrn Trimborn, der überhaupt für eine gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Ärzten eintrat, nicht bekannt. Seine Klage ging dann dahin, daß im vergangenen Jahre nichts für den Ausbau des Koalitionsrechtes, für ein freierwilliges Vereinsrecht, für eine Besserung der Rechtsstellung der Berufsvereine geschehen sei. Und dann kam Crimmitschau an die Reihe; die Forderung des Zehn- und Fünfentages sei dadurch geradezu brennend geworden, das vorgebrachte Material des sächsischen Bundesratsbevollmächtigten habe keineswegs die Versammlungsvorbereitungen gerechtfertigt, einfach peinlich sei ferner der Eindruck gewesen, daß die Crimmitschauer Fabrikanten schiedsrichterliche Verhandlungen stets abgelehnt haben, während die Arbeiter immer dazu bereit waren, die Frage der Arbeitskammern und nicht die der Arbeiterausschüsse sei dadurch aktuell geworden. Dann behauerte der Abgeordnete Trimborn unter lebhaftem Proteste der Sozialdemokraten, daß bei dem Crimmitschauer Kampfe Sozialpolitik und Gewerbepolitik mißbraucht worden seien durch Verquickung mit der sozialdemokratischen Partei und meinte mit beneidenswertem Optimismus, wenn das nicht geschehen wäre, dann hätten die Crimmitschauer Arbeiter die Sympathie der Arbeiter und der öffentlichen Meinung in weit höherem Maße errungen. Wer eine Kunst gewerkschaftlicher Erfahrung hat, weiß diese Sympathien von Unternehmern für streikende Arbeiter richtig einzuschätzen und wer nichts davon versteht, kann in Rheinland und Westfalen das Vorgehen der Unternehmer gegen auf drücklicher Grundlage organisierte Arbeiter fast täglich zu seinem Nutzen studieren. Dem Zentrumsvredner antwortete der Abgeordnete Mich. Fischer (Sozialdemokrat), in temperamentvoller Weise die Sozialpolitik des Zentrums gerlegend und dann die nämliche des Reiches gehörig aufs Korn nehmend und zum Schluß den Fall Crimmitschau und mit besonderer Schärfe das Verhalten der sächsischen Behörden behandelt. Die Blumenlese, welche Fischer dem hohen Hause entgegenhielt, entfachte oftmals den heftigsten Widerspruch der rechten Seite. Bemerkenswert war die Ausrufung: Die stärkste Organisation, die der Buchdrucker, hat die geringsten Ausgaben für Streiks, die größten für rein humanitäre Zwecke; umgekehrt hatten die Organisationen der Maurer, Holzarbeiter, Metallarbeiter, die mit den rückständigsten Unternehmern Tag für Tag zu kämpfen haben, die größten Ausgaben für Streiks! Und weiter meinte Fischer sehr richtig, die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung könne im Grunde nur festliegen, was die fortgeschrittensten Arbeiter schon praktisch erreichten. Graf Posadowsky hatte am ersten Tage der letzten Woche das Schlußwort. Auch er war warm geworden durch die Fischer'schen Ausführungen und bereitete mit Ueberzeugung die Sozialpolitik des Reiches, deren Lösung nach wie vor nur sein könne: Schritt für Schritt! Betreffs Crimmitschau gab der Staatssekretär zu, daß einzelne politische

Mißgriffe vorgekommen seien und polemisierte dann energisch gegen die Sozialdemokratie. Die Masse könne nicht regieren, weil sie nicht regierungsfähig sei; wofür müßten in einem geordneten Staatswesen alle Bürger gleichberechtigt sein, aber die Regierung eines Staates werde immer einen aristokratischen Charakter tragen und gerade die Ausschreitungen der Gebildeten könnten in einer Monarchie am besten bekämpft werden. — Am zweiten Tage hatte Graf Posadowsky aber nichts elligeres zu tun, als seine Ausführungen über Crimmitschau einzuschränken. Dann kam der sächsische Geheimrat Fischer zum Worte, hinständig bekannt durch die erstmalige unglückliche Verteidigung seiner Regierung wegen Crimmitschau. Auch bei diesem zweiten Versuche konnte man angst und bange werden; es ist eben schwer zu verteidigen, wo nichts beschönigt werden kann. Der Herr Bevollmächtigte wußte nicht viel zu jagen; seine Klage, daß die Redner des Hauses und die bösen Sozialpolitiker außerhalb desselben mit ihrer Betonung der Notwendigkeit des Zehn- und Fünfentages gar nicht an die Arbeitgeber, wo diese sich damit abzufinden hätten, denken, wirkte zum mindesten deplaziert, sein massiver Angriff auf Prof. Delbrück einfach ängstlich. Abgeordneter Dr. Mugdan schnitt als Mann vom Fache dann die Arztefrage an. Derselbe erklärte, keine gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl zu wünschen, er sei überhaupt ein Gegner der Einmischung der Behörden und Außenstehender, wie bei jedem andern Streik. Diese gewiß anerkennenswerten Worte fanden aber inzwischen durch das Eingreifen, die offene Parteinahme in Köln und Crimmitschau, leider keinen Resonanzboden. Daß die Mitglieder der Krankenkassen selbstverständlich für die freie Arztwahl und die Kassenbeamten ausschließlich Sozialdemokraten seien, stimmt (wir können das aus eigener Erfahrung sagen) ebenso wenig, als die ganze Krankenkassengesetzgebung ohne die freie Arztwahl nichts als ein Armenrecht sei. Der Abgeordnete Erzberger (Zentrum) bemängelte dann mit Recht das zu große Entgegenkommen der unteren Verwaltungsbehörden den Arbeitgebern gegenüber und rügte die ungemein niedrigen Strafen für Ueberschreitungen der sozialen Gesetze. Der Großindustrielle Hehl zu Hernalshaim hat in der Thronrede den zehnjährigen Maximalarbeitszeit für Frauen vermisst, überhaupt habe ihn dieselbe gerade da enttäuscht, wo der Abgeordnete Trimborn von ihr befriedigt war — was für den Sozialpolitiker des Zentrums allerdings sehr tief blicken läßt. Der Crimmitschauer Streik habe die Notwendigkeit des Verhandlungszwanges wieder ekkant bewiesen. Von den weiteren Ausführungen war nur noch die des Abgeordneten Gump (Kv.), der sehr kräftig gegen die Sozialdemokratie polemisierte, bemerkenswert weil ganz neu: daß nicht die Nichtsicht auf die Konkurrenz die Crimmitschauer Fabrikanten gebindert hätte, den Zehn- und Fünfentag zu bewilligen, sondern ihnen fehle das vorzügliche Arbeitermaterial des Westens — wo bekanntlich nur zehn Stunden geschafft wird, somit die Berechtigung der Forderung erwiesen ist. — Am dritten Tage kam als erste Partei die Freisinnige Vereinigung zum Auftritte. Der Abg. Gothein stimmte gleich wieder das Lied von Crimmitschau an, auch er meinte, daß dieser Kampf der Sozialdemokratie wieder mehr genügt denn geschadet habe, man müsse aber über den Grund dieser Tatsache an der richtigen Stelle suchen. Alsdann nahm er sich die sogenannte Unparteilichkeit der sächsischen Regierung vor und behauerte, daß die sächsischen Behörden auch hierbei wieder ihr historisches und notorisches Defizit in der Behandlung von Arbeiterfragen bewiesen haben. Ueber das Eingreifen der königlichen Regierung in den Arztekonflikt drückte derselbe gleichfalls seine Ueberraschung aus und forderte Aufklärung. Der dann zum Worte kommende Abgeordnete Korsantny ging mit einem wahren Ungestüm in der Polenfrage vor, seine Schilderungen deckten das bereits bekannte trostlose Bild namentlich Oberschlesiens vollständig, den „Wasserpölanen“ strich er dem Reichsfiskusler ordentlich an. Müller-Wetningen (Fr. Vp.) meinte mit seinem Spotte, das böse Gewissen der Mehrheit über den durchgedrückten Zolltarif habe wohl diese Flut von Resolutionen mit sozialpolitischen Forderungen geteilt und zum Zentrum gewandt betonte er, daß die von dieser Partei gestellten Anträge sozialgesetzlicher Natur ja ohne Mühe durchgehen würden, wenn hier die antragstellende Partei — nur selbst ernstlich wolle! Von sozialdemokratischer Seite nahm ershöpfend der Abgeordnete Wurm nochmals alle Punkte durch und bereitete seinem Fraktionsgenossen Schippel in aller Form ein Desaveu wegen dessen neuester Entgleisung in der Agrarfrage gelegentlich eines Vortrages. Aus den Erwiderungen Posadowskys ging hervor, daß das allgemein verurteilte Eingreifen der Regierung zu Köln endgültig sei und der Kurs gegen die Polen ein unverändert scharfer bleiben werde. Den Arbeitern erenne er selbstverständlich das Recht zu, sich zu organisieren, aber die Gefahr sei die, daß rein wirtschaftliche Organisationen zu rein politischen Zwecken ausgenutzt werden; für diese Ansicht mußten dem sonst doch ziemlich gut beschlagenen Staatssekretär die Hirsch-

Dunderschen Gewerkvereine die Kronzeugenschaft liefern. Wer da weiß, wie schwankend der Begriff „politisch“ bei unseren Behörden ist, kann dem Minister nicht vollständig beipflichten und auch nicht in dem Standpunkte, daß Arbeiter in einem öffentlichen Betriebe nicht das gleiche Maß von Freiheit haben können, wie die Arbeiter in privaten. Es ist ja leider so, es braucht und darf das aber nicht zu sein. — Crimmitschau war auch noch am vierten Tage der Reichstagsverhandlungen voriger Woche das Felsgeheiß. Die Abgeordneten Lehmann (natf.) und Gräfe (Ant), die von entschuldiger sächsischer Pracht zugehende Säule, versuchten neben ganz vereinzelt vernünftigen Worten die Crimmitschauer Fabrikanten und die Taktik der Behörden herauszuheben; der letztere leistete sich sogar die denkwürdige Bemerkung: spätere Kulturhistoriker würden das Vorgehen der sächsischen Genbarmerie als rettende Tat preisen! Die von Gerlach gestellte Frage, ob die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Dienstboten und das Gefinde von der Regierung angestrebt werde, beantwortete Graf Posadowsky mit einem persönlichen und darum unverbindlichen Ja. Nach dem Generalsekretär Beumer, der auch die Anwendbarkeit unseers Tarifes auf Niesenbetriebe bezweifelte, zum Beweise, daß er dessen Begrenzung auf eine Arbeitergruppe gar nicht erfaßt hat, sprach der Abgeordnete Fräßdorf (Soz.) über die Lohnverhältnisse der Crimmitschauer Textilarbeiter, den Verdienst eines volljährigen Arbeiters nach der berufsgenossenschaftlichen Feststellung mit 811,66 Mk. pro Jahr angehend. Weiter verlangte derselbe energische Maßregeln zur Bekämpfung der Schwindsucht bei den Steinarbeitern und kam dann auf den Arztekonflikt zu sprechen, welches Thema unseren Lesern ja bekannt sein dürfte. Daß der in seinen Artikeln und Vorträgen wie auch bei Leitung des Krankentassenkongresses durch anerkanntwerteste Objektivität sich auszeichnende Redner aber sagen konnte: „Wir fragen nicht nach der politischen Bestimmung, sondern nach der Nützlichkeit, ziehen allerdings, wenn gleich tüchtige Bewerber da sind, den Sozialdemokraten vor“, war wohl so ein Bundesdecker falscher Zungenerschlag, denn wenn es nicht nach der politischen Bestimmung geht (was auch auf keinen Fall sein darf), so kann doch auch keine Bevorzugung stattfinden. — Am letzten Tage kam die Interpellation Trimborn und Hige betr. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und Errichtung von Arbeitskammern zur Erörterung und Beantwortung. Dem erstern Antrage kann bereits das bekannte „Schier dreißig Jahre usw.“ zu Ehren gelungen werden, die letztere Frage fand bereits am 6. Januar 1901 die Zustimmung des Reichstages. Jetzt ist nun die Regierung grundsätzlich nicht abgeneigt, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine anzuerkennen; auf die Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben würde diese rechtliche Erweiterung sich aber nicht erstrecken können, auch müsse zum Schutze der Minderheiten ausreichend Vorsorge getroffen werden. Betreffs des Verlangens nach Arbeitskammern gab der Minister eine entgegenkommende, aber recht verschwommene Antwort, über das Wann all dieser wichtigen Forderungen sich sorglich auszusprechen. Der Abgeordnete Trimborn feierte in der Begründung seiner Interpellation den Frankfurter Arbeiterkongress wieder über Gebühr, während Abgeordneter Regien die ganze Nützlichkeit unseers Vereinsrechtes und die totale Ungleichheit in der Behandlung von Arbeitgebern und Arbeitern durch die Behörden, die Polizei und die Gerichte überzeugend vor Augen führte, die daraus sich ergebenden Konsequenzen als ganz selbstverständlich bezeichnend. Der konservative Abgeordnete v. Richthofen und der Reichsparteiler v. Kardoff überschlugen sich förmlich in ihrer Gegnerschaft gegen die Zentrumsvorderungen. Die „falsch geleitete Sozialpolitik“ und das behauerte „langsamere Tempo in der Sozialpolitik“ wechselten ab mit dem Verlangen nach Ausnahme-gesetzen gegen die Sozialdemokratie, mit der barschen Forderung nach weiterer Rechtslosigkeit der ländlichen Arbeiter, ansonsten die Hungerration der ganzen Nation zu befürchten stände! Dieser Tabak war selbst dem Abgeordneten Stöcker zu stark, welcher für die Forderungen eintrat. Damit hatten die großen sozialpolitischen Debatten der letzten Woche ihr wenig ergiebige Ende gefunden. Wie werden speziell die Frankfurter Kongressler mit diesem letzten Tage, der ihre Hauptforderung zur Sprache brachte, zufrieden sein?

Mundschau.

Im Wiener „Vormärts“ (Nr. 5) befindet sich auch eine Korrespondenz aus Innsbruck, wonach in einer Monatsversammlung des dortigen Ortsvereins darüber geklagt wurde, daß der deutsche Verband es ablehne, gemeinsam mit Oesterreich und der Schweiz „gegen die vielen Schufter“ vorzugehen, zumal „der ganze Schufterzuwachs aus Deutschland“ komme. Die Rettung aus der Misere des Indifferenzismus erblickt der Versammlungsbericht in der Abhaltung internationaler Kongressen. Dafür habe der deutsche Verband angeblich kein Geld.

Auch müsse man die schlechte Tarifdurchführung in Deutschland bebauern. Wenn sich der Fünfsbrüder Verein einmal über eine wirksame Aktion gegen organisations- und tarif-feindliche Gehilfen klar sein wird, dann mag er brauchbare Vorschläge machen, so lange er aber keine Kenntnisse über die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland und über die Gewinnung der Nichtmitglieder für die jeweiligen Verbände den Mysterien des Kaffeefasses entnimmt, können wir mit solcher Weisheit nicht diskutieren. Der muß noch geboren werden, der in der Praxis erweist, daß kein Gehilfe mehr der Organisation fern bleibt und unter Tarif arbeitet. Das sind mehr Fragen der örtlichen als der internationalen Agitation, am allerwenigsten lösen diese Frage die Kollegentage.

„Wahre Kollegialität und Nächstenliebe“ — aber keine Bruderliebe! Mit dieser Stichmarke läßt sich am besten die Selbstent eines Bundeshauptlings charakterisieren, welche wir in der in Würzburg erscheinenden „Fränkischen Volkstribüne“ in anschaulicher Weise wie folgt geschildert finden: „Sist da bei den „christlichen Arbeitern“ ein als tüchtiger Agitator und Referent rühmlichst bekannter Schriftsetzer, der in Buchdruckereien seit dem Jahre 1896 als ein Arbeitswilliger noch jattsam bekannt ist, außerdem auch in dem Gutenbergs-Bunde eine gewisse „Rührerrolle“ einnehmen soll. Diesem „christlichen“ Herrn ist der am Kopfe stehende Satz nun so in Fleisch und Blut übergegangen, daß er ihn auch gegen seinen leiblichen Bruder, der nicht auf dem „christlichen“ Standpunkte steht, in Anwendung zu bringen beschloß. Bis vor kurzem hatte der „andristliche“ bei dem „christlichen“ Bruder in Logis gewohnt gegen Zahlung von 10 Mk. wöchentlich für Kost und Logis, mußte aber dabei als Schlafstelle mit einem Sofa vorlieb nehmen. Mit der zunehmenden Kälte gefiel es ihm aber auf dieser „luftigen“ Lagerstätte nicht mehr und mietete sich derselbe dorthin an derweitig ein. Nun war aber der Born des „christlichen“ Bruders erwacht, entging ihm doch so wöchentlich ein Sofagins von etwa 4 Mk. Flugs wurde dafür gesorgt, daß der Bruder die Arbeit verlor! Denn da der Vorarbeiter des Betriebes, in welchem der Bruder arbeitete, ein guter Freund war, war dies Hebelstück ja ein Leichtes. Doch damit noch nicht genug! Nachdem nun der Bruder ungefähr eine Woche arbeitslos war, denunzierte er ihn deshalb mit der fälschlichen Behauptung, daß es schon 14 Tage seien, bei der Polizei mit dem Bemerkten, daß der Bruder ein sogenannter „Arbeits-scheuer“ wäre.“ Graf Bülow, nicht bloß als Kanzler des Deutschen Reiches, sondern auch als geistreicher Causeur Büchmannscher Schule rühmlichst bekannt, muß nun erleben, daß sein neuester Schläger „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“ seine Anwendbarkeit nicht bloß auf die bösen Sozi, sondern — Schmerz laß nach! — auch auf die braven Kindein des Frankfurter Arbeiterkongresses, dem der Gutenbergs-Bund mit seiner Vertretung in eine höhere Weise verliert, praktisch erprobt hat.

Auf der Heimfahrt von der Arbeitsstätte tödlich verunglückt ist der 26 Jahre alte Schriftsetzer Alfred Zimhoffer aus Rahnsdorf-Mühle, welcher jeden Abend von Berlin nach Hause fuhr. Vor zehn Tagen stieg derselbe schlaftrunken schon auf Station Hirschgraben aus, bemerkte aber seinen Fehler und wollte wieder einsteigen. Hierbei kam er infolge der Glätte zwischen zwei Wagen zu fallen und trotzdem der Zug sofort wieder zum Stehen gebracht, waren schon einige Räder über den Unglücklichen hinweggegangen und hatten ihm die Arme und Beine zermalmt; auf dem Transporte zum Krankenhaus hauchte er seinen Geist aus.

Professor Kuchbaum in Hannover behandelt in Nr. 14 der „Zeitschrift für Heizung, Lüftung und Beleuchtung“ (Verlag von Carl Marhold in Halle a. S.) das Thema „Die Ventilation und die Ausstattung der Seher-fäle in großen Buchdruckereien“. Der Verfasser erwähnt bemerkenswerterweise der Tuberkulose bei Besprechung der dem Seher aus seiner Beschäftigung drohenden gesundheitlichen Gefahren gar nicht, sondern spricht nur von der Miskoll: dieser nahezu schwersten aller Gewerkrankheiten, die gegenwärtig weit mehr Opfer erheischt als bekannt wird. Denn viele der von schlechterer Miebergiftung betroffenen Leute sterben langsam dahin, ohne sich in ärztliche Behandlung zu begeben, bei vielen wird auch andernfalls die Krankheit nicht oder zu spät erkannt.“ An Vorschlägen zur Begegnung und Verminderung dieser Gefahr empfiehlt Professor Kuchbaum: Feindliche Sauberkeit des Sehers für seine Person, Aufstellung von Gläsern zum Mundspülen (zweckdienlich seien namentlich kräftige Lösungen von doppelt kohlensaurem Natron und reines Wasser zum Mundspülen), täglich gründliche Säuberung der Fußboden auf nassem oder feuchtem Wege, jedoch nicht mit trockenem Eile. Für Neubauten empfehle sich die Anwendung eines Estrich-belages mit gut abgelagertem Anoleum, ein Terrazzooboden sei in jeder Beziehung noch besser, doch müsse dem von unten viel Wärme zugeführt werden. Die Wände- und Deckenfugen der Seherfäle sollten abwischbar sein und mindestens monatlich einmal einer gründlichen Säuberung mit feuchten Tüchern unterworfen werden; Del- oder Lackfarbenaufstrich sei am zweckmäßigsten. Die Lüftung der Seherfäle müsse ausgiebig sein und zwar muß die Frischluft von oben einziehen und die Abluft nach dem Fußboden abgezogen werden; Luftmischung allein erfüllt den Zweck nicht. Die Zuführung ziemlich trockener Luft

mit einem Gehalte von 30 bis 40 Proz. relat. Feuchtigkeit in die Seherfäle verleihe den Vorzug, weil durch die lebhafteste Muskelaktivität der Beschäftigten viel Wasserdampf zur Abgabe an die Raumluft gelangt, aber von der Frischluft muß aufgenommen werden können, ohne zu Schweißwasserbildungen zu führen. Auch bewahre die Zuführung trockener Luft die Beschäftigten vor Schweißüberflutungen und dadurch vor jener Leberempfindlichkeit gegen bewegte Luft. Die Vorschläge des Professors Kuchbaum finden nur zum Teile durch die Bundesratsverordnung ihre Erledigung und sind auf alle Fälle höchst beachtlich. Ihre Durchführung wird allerdings nicht unerhebliche Kosten verursachen und das ist bekanntlich bei allen Sachen der wunde Punkt, der jedoch nicht ohne weiteres zur Verwerfung des Empfohlenen ausreichen darf. Warum diese sanitären Besserungen aber nur für große Buchdruckereien in Betracht kommen sollen, ist uns nicht ganz klar; in den kleinen Kunststempeln ist der Buchdrucker den gesundheitlichen Gefahren doch weit mehr ausgesetzt.

Nach der „Buchdrucker-Woche“ sind in der von einem Niesenbrande zerstörten norwegischen Stadt Alesund auch die fünf Buchdruckereien vernichtet worden.

Nach dem „Typ. Journal“ sind in der Stadt Mexiko bereits 17 Typotheten in Betrieb. Der Durchschnittslohn für sieben Arbeitstage beträgt 50 Dollars.

Wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ schreibt, sind im Laufe der zwei letzten Monate sechs geheime Druckereien der russischen Sozialdemokratie von der Gendarmerie entdeckt. In Elisabethgrad wurde die Druckerei gerade in dem Augenblicke ausgehoben, als sie an einen andern Ort gebracht wurde. In Waku wurde am 20. November die Druckerei des sozialdemokratischen Lokalkomitees aufgehoben. An demselben Tage überraschte die Gendarmerie in Nikolajew drei Personen bei der Arbeit in der dortigen geheimen Druckerei; in Jaroslaw wurden ihrer vier bei der Arbeit in der Druckerei verhaftet. In Tomsk (Sibirien) wurde Mitte Dezember die sozialdemokratische Druckerei mit zwei Personen ausgehoben, in den ersten Tagen des Januar die Druckerei in Taganrog mit vier Personen. Die meisten dieser Druckereien haben nur wenige Monate bestanden, bloß die Druckerei in Jaroslaw erfreute sich eines längeren Bestandes; sie blieb länger als ein halbes Jahr unentdeckt. Ueber die Entdeckung der Geheimdruckerei in Jaroslaw wird noch berichtet: Die Druckerei wurde durch bloßen Zufall entdeckt. 3000 Exemplare des sozialdemokratischen Lokalkomitees Listoff wurden beschlagnahmt, wie auch 500 Kilogramm Lettern. Die Druckerei förderte allein im letzten Monate 12000 Exemplare der verschiedensten Agitationsliteratur zu tage. Die Polizei war recht verblüfft, als gleich nach der Beschlagnahme der Druckerei ein Aufruf desselben Komitees an die Bevölkerung erschien. Die bei diesen Aushebungen überraschten Angehörigen der russischen Sozialdemokratie (etwa 18 Personen) wandern auf dem bekannten administrativen Wege nach Sibirien, wo aber, wie aus vorstehendem zu entnehmen, die Buchdruckerkunst ebenfalls im Dienste der Aufklärung im Verborgenen ausgeübt wird.

Zum III. Krankenkassenkongresse. In unserem Artikel über diese Tagung war in Nr. 12 die abgeordnete Resolution nach der „Leipziger Volkszeitung“ wiedergegeben worden. Das genannte Blatt hatte sie aber an einer Stelle und zwar an einer sehr wichtigen nur verstimmt abgedruckt. Es muß auf der ersten Seite, erste Spalte, letzter Absatz von: „Die Kassenträger“ bis „zu erklären“ heißen: „Die Krankenkassenträger erklären die Einführung der freien Arztwahl als innere Angelegenheit jeder Kasse, die nach den örtlichen Verhältnissen zu regeln ist und halten sich für verpflichtet, sich ausdrücklich gegen eine gesetzliche Festsetzung der freien Arztwahl zu erklären.“ — Dann muß es auf Seite 3, wo von einem Pittat aus der Königsberger „Haltungens Zeitung“ die Rede ist, heißen: „... dabei könne der Herr schon frühzeitig an Nachmittagen in der Kneiphöfischen Langgasse passieren gehen.“

Die Kölner Ärzte haben bereits die Rolle des „Siegers“ mit der des betriebligen Loggerbers vertauschen müssen. Da die Regierung den Klassen in der schon beschriebenen Weise die freie Arztwahl aufzuzwingen, machen diese von derselben nun in der Form Gebrauch, daß die Mitglieder in den engagierten 30 Ärzten die Männer ihres Vertrauens erblinden, also nur diese in Anspruch nehmen, so daß die stolzen Sieger das leere Nachsehen haben. Die engagierten Ärzte haben nämlich die ihnen von der Ärztevereinigung gebotene Abfindung zurückgewiesen, bleiben ruhig in Köln sitzen und werden ihre literäre Gegnerschaft, die vereinigten Ärzte und die Regierung, zur Erfüllung der mit den Krankenkassen abgeschlossenen Verträge gerichtlich anhalten, nachdem die Kassen durch das Vorgehen der Regierung dazu außer Stande geworden sind.

Die Berliner Ärzte sind in zwei Lager gespalten, welche Situation jetzt noch verschärft worden ist durch das Vorgehen des Vorstandes des Vereines Berliner Kassenärzte, welcher von seinen Mitgliedern verlangt, innerhalb drei Tagen sich auf weitere fünf Jahre zu verpflichten. Der Verein der freigewählten Kassenärzte hat daraufhin eine Allgemeine Versammlung einberufen, in welcher dieses Vorgehen bedauert wurde im Interesse der notwendigen Einigung; die Ärzte sollen sich nur auf ein Jahr verpflichten und weitergehende Zugeständnisse ablehnen. Nach den neuesten Meldungen ist jedoch schon eine Verständigung zwischen den streitenden Parteien erzielt.

Der Seherwurfs über die Entschädigung unschuldig Verhafteter ist nunmehr veröffentlicht worden.

Der preussische Landtag hat nun auch die erste Lesung des Etats hinter sich. Aus dem Reichsdekret, das solche Etatsdebatten nun einmal darstellen, sei vor allem festgehalten, daß die Regierung den Kanalrebell — den Konservativen — mit einer deprimierenden Offenheit die Hand zur Verständigung und vollständigen Veröhnung bot, um nicht auch das letzte bischen der ehemals so pomphaft angekündigten und dann an dem hartnäckigen Widerstande der Kantymänner und königlichen Landräte gescheiterten Kanalvorlage zu riskieren. Graf Bülow ist nach eigenem Eingeständnisse kein Konsequenzmache, das ostentative Viebängeln mit den beweisermäßig nicht autoritätsunseligen Konservativen somit erklärlich. Diese fühlen sich denn auch vollständig als Herren der Situation, welche nun nach beendeten Wahlen mit wahrhaft zynischer Offenheit den Nationalliberalen die bösesten Dinge sagen, im allgemeinen aber den unentwegten Herren- und Scharfmacherstandpunkt vertreten und jedem Fortschritt aus innerster Ueberzeugung abhold sind. Man braucht sich deshalb über deren Ansichten und Ausführungen über den Grimmitzhauser Streik, über das Vereinsrecht, eine Wahlreform, über ein Völkerschulunterrichtsgesetz, die Polenfrage usw. nicht zu wundern. Dazu gaben weit eher Veranlassung, daß der Minister mit dem silbernen Mantelforse, Herr von Hammerstein, den Ausspruch Bismarcks von dem elendesten aller Wahlgesetze mit seiner eignen Ueberzeugung: „Ich kenne kein andres Wahlgesetz, das so genau den Ausdruck der öffentlichen Meinung wiedergibt wie unser Dreiklassenwahlsystem“ zu korrigieren sich unterfing und der Zentrumsmann Nachem sagen konnte: „Wir betrachten das Reichstagswahlrecht nicht als Ideal und wir wissen alle, welche ein Mißbrauch mit diesem Wahlrechte getrieben wird.“ Von Bedeutung war noch die Erklärung des Herrn von Hammerstein über das allgemeine Proteste begegnende Scherz- und Sparsystem, welches besonders in unseren Prinzipalskreisen eine nicht geringe Aufregung hervorgerufen hat. Der Minister sagte in dieser Beziehung: „Heute schon kann ich erklären, daß das Unternehmen zurzeit nicht zur Ausführung gelangt. Die Regierung hat die Angelegenheit sorgfältig geprüft. Sie ist davon ausgegangen, daß das neue System nur dann Beachtung verdient, wenn es als ein gemeinnütziges Unternehmen eingeführt werden könnte. In vollem Einverständnisse mit Herrn Scherz ist in diesem Sinne die ganze Angelegenheit mit dem Ausschusse des Deutschen Sparfassenverbandes eingehend und ohne jede Geheimniskammer seit mehr als sechs Monaten geprüft worden. Man kann theoretisch darüber in Zweifel sein, ob die Verbindung von Spar- und Spielbetrieb ethisch zulässig ist oder ob nicht vielmehr die in jedermann in unserer unvollkommenen Welt inwohnende Spiellust in solche Bahnen geleitet werden kann, daß dadurch der Spartrieb gefördert werden kann. Jedenfalls ist zurzeit infolge des freiwilligen Rücktritts des Herrn Scherz die ganze Angelegenheit ausgehen.“

Die bekannte „Simplicissimus“-Affäre (siehe Nr. 7) hat nach tagelangen Debatten im bayerischen Landtage zu einer Präsidienentscheidung geführt. Bei den Ergänzungswahlen obstruierten die Liberalen als Revanche für die dem zurückgetretenen zweiten Präsidenten, ihrem Parteigänger, zuteil gewordene Befandlung durch den ersten Präses; die Folge davon war ein geläutertes, rein literales Präsidium.

Ringum Terrorismus! Vom Brandenburger Schöpfungsrichte wurden zwei Bäckermeister zu je 5 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil sie unter Mithilfe von noch etlichen Jungherrn einem Kollegen in einer Innungsversammlung das Fell gegerbt haben, weil dieser sechs Stüd Backware für 10 Pf. verkauft, für welchen Preis es sonst nur vier Stüdlein gibt. Was sagt Herr v. Bülow zu diesen zärtlichen Brüdern?

In Dberhausen hat die gleichnamige Zeche eine Arbeitszeitsverkürzung und sonstige Beschlechterungen für die Bergarbeiter angeordnet, welcher sich erklärlicherweise durch eine starke Erregung bemächtigte. Trotz nochmaliger Bemühungen einer von den Bergleuten delegierten Kommission hat die Zecheverwaltung einen Teil dieser Maßnahmen zur Tat werden lassen, so daß ein Streik — für welchen etwa 2500 Bergleute in Betracht kämen — nicht ausgeschlossen ist. Der Bergarbeiterverband sowohl wie die Deutsche Organisation sind sich einig in der Abwehr dieser Anschläge, suchen aber noch einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen. — In Grimmitzhausen sind noch 1700 Exzarbeiter ohne Arbeit. — Die Ein-seher in Berlin haben der von ihren Arbeitgebern versuchten Verschleppung ihres neuen Tarifes durch energisches Zugreifen vorgebeugt; am 1. Februar wurde derselbe zur sofortigen Anerkennung unterbreitet, 71 Firmen vollzogen darauf die Anerkennung, während in 24 Gesellschaften 54 Mann die Arbeit niederlegten. — 150 Schu-macher einer Fabrik in Zwenkau traten in den Streik, nachdem die Vermittlung des Amtshauptmannes die Maßregelung von 16 Mann nicht bereitelte konnte.

Die Arbeitslosen Christianias entsandten eine Deputation zum Präsidium des Störtings, um Hilfe gegen die sehr große Arbeitslosigkeit zu fordern. In der zur Verlesung gebrachten Resolution wird verlangt, daß Staat und Kommune Arbeiten ausführen lassen sollen und zum Schluß gesagt: „Wir hungern und leiden, aber wir bitten nicht um Barmherzigkeit, wir verlangen Gerechtigkeit!“